

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

vol. XXV 4–2009

## **25 JAHRE JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

Schwerpunktredaktion: Karin Fischer, Franz Kolland

mandelbaum *edition südwind*

## **Inhaltsverzeichnis**

- 6      KARIN FISCHER, FRANZ KOLLAND  
Editorial
- 11     WALTER SCHICHO  
25 Jahre Journal für Entwicklungspolitik
- 19     MARTIN JÄGGLE  
Die Vorgeschichte des JEP: ein fragmentarischer Rückblick
- 26     BIRGIT HABERMANN, MARGARITA LANGTHALER  
Von der Fragmentierung zur Vielfalt? Entwicklungsforschung  
in Österreich

## **Forschungsexposés**

- 34     HENRY BERNSTEIN  
Class dynamics of agrarian change: writing a 'little book on a big idea'
- 38     GERALD FASCHINGEDER  
Ein Kulturfestival und die Frage nach Bewusstseinsbildung
- 42     KARIN FISCHER  
Globalisierung und transnationale Akteursnetzwerke:  
Big Business, neoliberale Intellektuelle und Zentralbanker
- 46     HELMUTH HARTMEYER  
Globales Lernen in Theorie und Praxis: ein Forschungsexperiment  
im Studium Internationale Entwicklung
- 50     KAREN IMHOF, JOHANNES JÄGER  
Transformation der Global Financial Governance:  
eine politökonomische Perspektive in der Entwicklungsforschung

- 54 FRANZ KOLLAND  
Reisen und lokale Lebenswelt: Forschung zwischen  
Sozialstrukturanalyse und beobachtender Teilnahme
- 58 HELMUT KONRAD  
Von „außereuropäischer Geschichte“ zur „Globalgeschichte“
- 63 UMA KOTHARI  
The forced movement of colonised peoples and its impact on  
development
- 67 RENÉ KUPPE  
Indianerlanddemarkation in Venezuela
- 72 BERNHARD LEUBOLT  
Sozialreformistische Politik in der Semi-Peripherie: Brasilien und  
Südafrika im Vergleich
- 76 IRMI MARAL-HANAK  
Sprache, Diskurs und Partizipation: Studien zu Geberdominanz  
und Entwicklung in Tanzania
- 80 ULRICH MENZEL  
Das Ende der „Dritten Welt“ und die Rückkehr der großen  
Theorie: eine autobiographische Retrospektive
- 85 ANDREAS NOVY  
Hauptschule trifft Hochschule
- 90 CHRISTOF PARNREITER  
Geographien der Organisationslogiken ungleicher Entwicklung
- 93 STEFAN PIMMER  
Internationalisierung und Abhängigkeit: zur Transformation des  
Staates in Lateinamerika

|     |  |
|-----|--|
| 97  | PETRA PURKARTHOFER<br>Rassismus und Maskulinismus in postkolonialen Verhältnissen  |
| 101 | KUNIBERT RAFFER<br>Der Süden in der Schuldenfalle: ein Vorschlag zur Lösung der<br>Überschuldung   |
| 105 | DIETMAR ROTHERMUND<br>The global impact of the Great Depression of the 1930s and of the<br>present financial crisis: a study in contrast |
| 109 | WALTER SCHICHO<br>Mein letztes/aktuelles/liebstes (l./a./l.) Forschungsprojekt   |
| 112 | OLIVER SCHWANK<br>Südafrika: wessen Entwicklungsstaat?   |
| 115 | Rezension  |
| 120 | AutorInnen dieser Ausgabe  |
| 124 | 25 Jahre JEP: Verzeichnis der AutorInnen und<br>SchwerpunktredakteurInnen  |
| 135 | Impressum  |

**RENÉ KUPPE**

## **Indianerlanddemarkation in Venezuela**

In den letzten Jahren hat mich die Koordination des von der Europäischen Kommission (unterstützt von der *Austrian Development Agency/ADA*) finanzierten Projektes „Förderung der Partizipation der indigenen Völker bei der Demarkation ihrer Ländereien“ in Venezuela besonders herausgefordert. In vielerlei Hinsicht stellt dieses Projekt den bisherigen Höhepunkt meiner langjährigen Beschäftigung mit den Rechten indigener Völker dar.

Unter Demarkation von Ländereien indigener Völker wird die physische Festlegung der Außengrenzen von traditionellen indigenen Siedlungsgebieten zum Zwecke rechtlicher Sicherung gemeint. Ähnlich wie in anderen lateinamerikanischen Ländern finden in Venezuela erst aufgrund der in den letzten Jahren erfolgten Reformen traditionelle Gebiete indigener Völker rechtliche Anerkennung. Durch diese neue Politik soll die Identität dieser Gruppen als *Völker* besonders unterstützt und der Rahmen für deren autonome Entwicklung sichergestellt sein.

Das von mir geleitete Projekt stellte in erster Linie ein praktisch orientiertes Vorhaben zum Zwecke des *capacity building* der marginalisierten indigenen Bevölkerung dar. Es lieferte jedoch zentrale Einblicke in interkulturelle Beziehungen und verdeutlichte Möglichkeiten und Grenzen kultursensiblen Rechts: Die Festlegung einer linearen Grenze ist beispielsweise angesichts der flexiblen Beziehungsmuster traditioneller indigener Gesellschaften zum geografischen Raum besonders problematisch. Das Thema der Indianerlanddemarkation berührt außerdem vielfach die Interessen so genannter Dritter, wie beispielsweise KleinbäuerInnen, Großgrundbesitzer oder Bergbaukonzessionäre.

Im Diskurs des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez spielten von Anfang an Bezugnahmen auf eine neue „pluriethnische“ Politik und die Einlösung einer historischen Schuld gegenüber den indigenen Völkern eine

wichtige Rolle. Doch wie und warum wurde gerade in Venezuela trotz dieser so günstig scheinenden Rahmenbedingungen das Projekt zur Unterstützung der Rechte der indigenen Bevölkerung eingeleitet?

Bereits auf die Zeit meiner rechtsethnologischen Feldforschungen während der 1970er und 1980er Jahren gehen viele Kontakte zu Persönlichkeiten zurück, die heute eine wichtige Rolle in der indigenistischen Politik und darüber hinausreichend sogar in der Allgemeinpolitik dieses Landes spielen. Damals hatte man in Venezuela vordergründig den Eindruck eines unpolitischen öffentlichen Klimas und es war (mit Ausnahme der Guyana-Staaten) auch das letzte Land Südamerikas, in welchem sich um 1989 eine indigene Bewegung bildete. Wichtige Persönlichkeiten, wie etwa die heutige indianische Parlamentarierin Noelí Pocaterra, waren jedoch mit dem *Movimiento por la Identidad Nacional* verbunden, einem Netzwerk linker Intellektueller, das eine der heterogenen ideologischen Wurzeln des späteren chavistischen Bolivarianismus bildete.

Als ich Anfang 2005 eine Untersuchung über die Umsetzung der 1999 verfassungsmäßig verankerten Rechte der indigenen Völker durchführte, wurde ich von mehreren dieser indigenen Organisationen und Persönlichkeiten angeregt, ein Programm zur Stärkung der indigenen Landrechte einzuleiten. Ich konnte kaum glauben, dass in den fünf Jahren seit Inkrafttreten der neuen Verfassung lediglich 794.000 Hektar als indigene Ländereien demarkiert worden waren, NutznießerInnen davon waren zirka 7.000 Personen und damit nur 1,3 Prozent der in Frage kommenden indigenen Bevölkerung.

Mit Hilfe der damaligen österreichischen Botschafterin in Caracas konnte ich in Erfahrung bringen, dass die Europäische Kommission über ihre Außenstelle in Venezuela Projekte zur Stärkung von NGOs förderte. Das in der Folge von mir dort eingereichte Projekt wurde schließlich noch 2005 bewilligt. Das von der Universität getragene Projekt bot die Möglichkeit, einige MitarbeiterInnen für die Arbeit vor Ort zeitweise anzustellen.

Unter Bedachtnahme auf die offenkundigen Schwierigkeiten der indigenen Bevölkerung bestand das Projekt aus zwei Hauptkomponenten: Unter Beteiligung möglichst vieler indigener Gemeinschaften oder lokaler Organisationen sollte erstens diagnostiziert werden, welche Faktoren bislang das Voranschreiten des Demarkationsprozesses erschwert hatten. Zweitens sollte konkrete Beratungstätigkeit interessierter Gruppen zur Ausschöpfung des

geltenden rechtlichen Rahmens zur Sicherung der Ländereien angeboten werden. Da ich einige Jahre zuvor im Rahmen eines Projekts der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) als Rechtskonsultent an der parlamentarischen Redaktion des zentralen Indianergesetzes in Venezuela mitgearbeitet hatte, war ich mit dem geltenden neuen Rechtsrahmen inhaltlich vertraut, besaß jedoch wenig Erfahrung hinsichtlich seiner seitherigen Deutung und Umsetzung durch die zuständigen staatlichen Behörden und Institutionen. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass auf Grund des gesetzlichen Rahmens die indigenen Völker in viele staatliche Institutionen Venezuelas VertreterInnen entsenden. So liegen zum Beispiel die technischen Erhebungen der für die Demarkation relevanten juristischen, anthropologischen und geografischen Daten in der Hand von eigens dafür eingerichteten „Demarkationskommissionen“, die zur Hälfte durch indigene VertreterInnen besetzt sind.

Das von mir geleitete EU-Projekt war an der komplizierten Schnittstelle von wenig organisierten lokalen Gemeinschaften, von teilweise militant operierenden Organisationen und von staatlichen Stellen angesiedelt, die jedoch teilweise, so wie die bereits genannten Demarkationskommissionen, eine „paritätisch“-partizipative Struktur aufwiesen. In methodischer Hinsicht wurden von uns in verschiedenen Teilen des Landes lokale Workshops durchgeführt, um einerseits konkrete Schwierigkeiten betroffener Gruppen erheben zu können und andererseits bei der Konzipierung einer Beratungsstruktur auf die Bedürfnisse einzelner Gruppen eingehen zu können. Daneben bestand die Projektstätigkeit in einer technisch-dogmatischen Analyse des rechtlichen Rahmens, um Widersprüche und begriffliche Unklarheiten feststellen zu können, die möglicherweise Ursachen für das langsame Voranschreiten der Landdemarkierung in Venezuela waren.

Zusätzlich wurde 2006 ein internationales Seminar in Caracas durchgeführt, bei dem ExpertInnen aus anderen lateinamerikanischen Ländern Erfahrungen aus der Indianerlanddemarkation darstellten, um Besonderheiten und mögliche Probleme in Venezuela durch einen kritischen Vergleich beleuchten zu können.

Während anfangs im Projekt von der Vermutung ausgegangen wurde, bürokratische und rechtstechnische Umstände würden den schleppenden Fortgang der Legalisierung des Indianerlandes in Venezuela behindern, wurde allmählich die Einsicht gewonnen, dass es am mangelnden poli-

tischen Willen lag, den für die Interessen der indigenen Gruppen sehr positiven Rechtsrahmen umzusetzen: In einigen Fällen, in denen indigene Gruppen zusammenhängende Hábitat (im Sinne der venezolanischen Verfassung) mit Anwendung von GPS-Geräten selbst demarkiert und kartografisch erfasst hatten, widersetzten sich staatliche Funktionären der Anerkennung von ausgedehnten zusammenhängenden ethnischen Territorien, auch wenn das in Widerspruch zum Gesetz stand. Stattdessen versuchten die Demarkationskommissionen, auf lokaler Ebene der indigenen Bevölkerung die Umgrenzung kleiner Ländereien einzelner Dorfgemeinschaften schmackhaft zu machen.

Ein besonderes Problem ergibt sich in Venezuela aus der mangelnden Publizität des Demarkationsverfahrens. Im Gegensatz etwa zu Brasilien, wo an drei Verfahrensstufen die öffentliche Kundmachung der vorgesehenen exakten Grenzen eines zu demarkierenden Landes rechtlich vorgesehen ist, fehlt in Venezuela eine derartige Sicherung des öffentlichen Zugangs zu Information. Besonders auffällig für die ProjektmitarbeiterInnen war der Umstand, dass Behörden und Demarkationskommissionen in vielen Fällen das Verfahren zu einer amtsinternen, vertraulichen Angelegenheit machten, obwohl in der Verfassung die Mitwirkung der jeweils betroffenen Gemeinschaften vorgesehen ist. Weiters entdeckte das Projektteam in der nordwestlichen Region Zulia-Perijá, dass die Demarkationskommissionen ihre Vorgangsweise mit Interessenverbänden der weißen Großfarmer abstimmten, die seit Jahrzehnten Teile des traditionellen (aber rechtlich nicht gesicherten) Indianerlandes als Viehweiden beanspruchten und vor diesem Hintergrund „Rechte Dritter“ geltend machen. Paradoxerweise kann der neue rechtliche Rahmen, der an sich auf Sicherung der angestammten indigenen Landrechte hinauslaufen soll, so zu einer Legalisierung der durch gewaltsame Vertreibung entstandenen De-facto-Besitzverhältnisse der GroßgrundbesitzerInnen führen. Von staatlichen Funktionären wurde in Interviews der zurückhaltende Umgang mit den Farmern mit der gebotenen Bedachtnahme auf die Ernährungssouveränität des Landes in Zusammenhang gebracht. Die indigenen Angehörigen der Kommissionen, die nicht notwendigerweise aus den direkt betroffenen Dorfgemeinschaften stammen, beugten sich dieser Argumentationslogik.

Im Zuge der Durchführung des Projektes trat die strukturelle Problematik deutlich zutage, die durch Integration indigener VertreterInnen in

Institutionen der staatlichen „Indigenenpolitik“ entsteht. Die Wahrnehmung wichtiger Funktionen durch diese Gremien bewirkt eine scheinbare Einbeziehung indigener Interessen in die sie betreffenden Angelegenheiten. In der Praxis zeigt sich aber bei derartigen Mitwirkungsmodellen ein Phänomen, das Subcomandante Marcos als die „(unmögliche) Geometrie der Macht“ bezeichnet hat. Nach wie vor sind die Beziehungen zwischen indigenen Völkern und staatlicher Bürokratie von Ungleichgewicht und Asymmetrie geprägt. In der konkreten Situation hat die politische Annäherung der involvierten indigenen Bevölkerung an den Staat und die vielfache Repräsentation durch Vertreter in staatlichen Organen zu einer Übernahme der staatlichen Logiken geführt und die ursprünglichen strategischen Ziele der indigenen Bewegung in den Hintergrund treten lassen.

Eine Herausforderung im Rahmen dieses Projektes, das ursprünglich eher als technisches Rechtsberatungsprojekt angelegt war, war die Arbeit mit indigenen Organisationen, die paradoxerweise durch die Integration und letztlich Absorption ihrer intellektuellen und politischen Führung in den revolutionären bolivarianischen Staat geschwächt wurden.

### **Zum Weiterlesen**

Kuppe, René/Gutiérrez Vega, Pablo (eds., forthcoming): *Experiencias comparativas de demarcación de tierras y territorios indígenas en América Latina*. Viena/Caracas: IWGIA-Publikation.

Außerdem gibt es eine DVD, die einerseits die Arbeit im Projekt dokumentiert, andererseits als Beratungsfilm für indigene Organisationen gedacht ist: *Documental – Promoción de la participación indígena en la demarcación de sus hábitat y tierras (Venezuela)*. Director René Kuppe, producido por Sandra Camps, Barcelona/Viena 2009. Besonders Interessierte können die DVD beim Autor bestellen.